

Überwindung der Parteienherrschaft - eine Voraussetzung der Entwicklung der Demokratie in Freiheit und Frieden -

von
Tristan Abromeit
Januar 2023

Text 177.0

www.tristan-abromeit.de

Die Grenzen des Staates *und* die Wahl der Gesellschaftsordnung Text 177.12

– Anhang zum Text 177.12 –¹

–
Text 177.12.5

Offener Brief an die Nordsee-Zeitung
Diskussionsbeitrag zur Demokratisierung der Informations- und
Meinungsfreiheit der Bundesbürger
1. März 1969

Hintergrund: Die Studenten-Proteste gegen die Springer-Presse
und das Unvermögen, sich als „armer Schlucker“
sich an die Öffentlichkeit zu wenden.

Es sei daran erinnert, dass es damals noch kein digitales Netz gab
und die Bürger auf die Gnade der Redaktionen angewiesen waren.

Es gibt noch zwei Fortsetzungen dieser Bemühungen.
Die müssen aber erst in eine lesbare Form gebracht werden.

¹ Dieser Text ist wurde am Anfang Februar noch nicht geschrieben.

Tristan Abromeit
2850 Bremerhaven 1
Schiffdorfer Chaussee 70

1. März 1969

An die Herren
Kurt Ditzen, Herausgeber der Nordsee-Zeitung
und
Rudolf Dahmen, Chefredakteur
2850 B r e m e r h a f e n
Postfach 3164

Offener Brief an die Nordsee-Zeitung

DISKUSSIONSBEITRAG ZUR HERSTELLUNG DER INFORMATIONEN-
UND MEINUNGSFREIHEIT DER BUNDESBÜRGER

Ziel: Beitrag zur Demokratisierung der Gesellschaft
Mittel: Leserbriefe und Leser-Redaktionen

Sehr geehrte Herren,

der Hunger in dieser Welt, der Tod des Menschen durch den Menschen, der Stausee von nicht durchgeführten Reformen, das Siechtum der Demokratien, die Unterentwicklung von Wirtschaftsregionen sind meiner Einsicht nach mit verursacht worden durch eine mangelnde Kommunikation.

Aus diesem Tatbestand ist zu schließen, daß die Massenmedien, wozu die Zeitungen in ihren verschiedenen Formen zählen, nicht funktionsgerecht beschaffen sind.

Die Demonstrationen gegen die "Springer"-Presse und die Diskussionen um die Pressefreiheit bestätigen den Sachverhalt.

Ich wende mich mit meinen allgemeinen Aussagen speziell an Sie, weil ich erstens Leser Ihrer Zeitung bin, und weil ich mir zweitens eine größere Wirkung für mein Schreiben verspreche, wenn ich es an konkrete Adressate richte.

Wenn die Pressefreiheit von der Bundesregierung als nicht gefährdet betrachtet wird (lt. NZ vom 11.2.69), so ist darauf hinzuweisen, daß "Pressefreiheit" ein relativer Begriff ist. Im Vergleich zur Handhabung der Presse in den konservativen sozialistischen und nationalistischen Staaten ist die Pressefreiheit bei uns vorhanden. Nimmt man als Maßstab für die Pressefreiheit die Unabhängigkeit der Verleger und Redakteure vom Staat, von den Verbänden und vom Kapital, so haben wir in der BRD keine Pressefreiheit, es sei denn die "Freiheit der Presse" Informationen willkürlich zu vermitteln.

Kritiker unserer Massenmedien sprechen gerne von den Monopolen in der Meinungsbildung, obwohl es eine sprachliche Ungenauigkeit ist, da wir es mit Oligopolen zu tun haben.

Monopole kommen aber regional oder funktional vor. Zum Beispiel hat die Nordsee-Zeitung als Tageszeitung ein regionales Monopol.

Wenn die Gefährdung der Pressefreiheit durch das Eigentum und starke Gruppen immer wieder betont wird, so wird m.E. nach der Einfluß von Redaktionsgemeinschaften, Materndiensten und vor allem von dem sozialpsychologisch verursachten Konformismus

quer durch die Redaktionen von Presse, Funk und Fernsehen unterschätzt oder übersehen.

Aber gerade den Konformismus der Redaktionen überwindet man nicht durch die Umwandlung der Eigentumsform.

In totalitären Staaten muß der Nachrichtenstrom als Mittel der Lenkung zwangsläufig in eine Richtung laufen.

In einer demokratischen Gesellschaft hat die Presse aber kein Lenkungsinstrument zu sein, sondern eine Entscheidungshilfe, u.z. in dem Sinne, daß durch die Vermittlung von Nachrichten und Urteilen eine Meinungsbildung möglich wird.

Dieser funktioneller Unterschied der Presse bedingt, daß der Nachrichtenstrom durch die Empfänger (Leser) im Kybernetischen Sinn rückgekoppelt wird (erst dadurch entstehen Interaktionen, ohne die eine Kommunikation unmöglich ist).

In Schweden soll nach meinen Informationen diese Rückkoppelung durch eine staatlich finanzierte Zeitung, in welcher der schwedische Bürger seine Meinung veröffentlichen kann, versucht werden. Abgesehen von der Problematik der staatlichen Finanzierung der Zeitung für den Bürger scheint mir die Rückkoppelung ungenügend, weil sie nicht unmittelbar erfolgt und darum Ungereimtheiten in den Medien nicht offenlegt.

Nach der Auffassung des Bundesjustizministers, Herrn Heinemann, ist die Pressefreiheit nicht nur Verfassungsrecht, sondern auch Verfassungsauftrag (lt.N-Z vom 24.2.69).

Die Pressefreiheit kann man nun als Gehilfin der Meinungsfreiheit bezeichnen. Diese Gehilfin ist aber solange untauglich, wie die Zeitungen nur Verlegerzeitungen sind und keine Leserzeitungen. Dieser Sachverhalt, der vorhin mit der nichtvorhandenen Rückkoppelung beschrieben wurde, beinhaltet, daß die Verleger und ihre Redakteure im Prozeß der Meinungsbildung ein Übergewicht haben, womit der Gleichheitsgrundsatz verletzt ist.

Wenn die gegebenen Mißstände von der Eigentumsform unabhängig sind, dann kann eine Änderung nur durch die Öffnung der Zeitungsspalten für den Leser bewerkstelligt werden.

Heute werden Leserbriefe m.E. nach vorwiegend aus drei Gründen veröffentlicht:

Der erste Grund ist kommerzieller Natur. Leserbriefe haben eine hohe Leserquote. Durch Leserbriefe wird die Ware "Zeitung" für den Leser begehrenswerter und somit für den Verleger besser absetzbar.

Der zweite Grund ist, daß sich Redaktionen durch Leserbriefe ihre eigene Meinung bestätigen lassen können.

Der dritte Grund liegt darin, daß sich Herausgeber und Redaktionen durch Veröffentlichung konträrer Leserbriefe den Anschein der Liberalität geben.

Die jetzige Handhabung der Leserbriefe durch die Redaktionen ist aber weder demokratisch noch liberal; denn 1. entbehrt deren Redaktionsarbeit der Öffentlichkeit, 2. haben die Leser keinen Einfluß darauf, welcher Leser zu Wort kommt und welcher nicht, 3. werden Kritik an der Redaktion und Reflexionen über deren Arbeit oft nicht veröffentlicht.

Ich mache daher nachfolgenden Vorschlag, dessen Realisierung Sie bitte auch für die Nordsee-Zeitung erwägen mögen.

DIE AUSSTATTUNG DES LESERBRIEFES ZUM DEMOKRATISIERUNGS- INSTRUMENT

1.0 Aufgaben des Leserbriefes

- 1.1 Die Funktion des Leserbriefes ist (wie schon mehrfach beschrieben) im weiteren Sinne die Rückkoppelung des Nachrichten- und Kommentarstromes, damit eine echte Kommunikation zwischen Redaktion und Leser, ebenso zwischen Leser und Leser entstehen kann.
- 1.2 Die Funktionen des Leserbriefes im engeren Sinne sind:
 - a) Der Leserbrief kann ein Ersatz für den Monolog an der Klagemauer oder für den Dialog in der Beichte sein.
Begründung: Viele Menschen leben heute so isoliert, daß sie seelisch fast an ihren unausgesprochenen Nöten und ihrem Unbehagen ersticken. Der Leserbrief ist dann die einzige Möglichkeit, sich Luft zu schaffen.
 - b) Der Leserbrief ist ein Kontrollinstrument der demokratischen Gesellschaft. Begründung: Berichte über Fehlverhalten von Institutionen und Bürgern gelangen wesentlich schneller und ungefilterter an die Öffentlichkeit, als wenn nur berufsmäßige Kontrolleure ihre Arbeit leisten. (Das hat mit Denunziation aus niedrigen Motiven und mit Diffamierung nichts zu tun, da jeder Leserbriefschreiber seine Aussage mit vollen Namen zeichnen und den Inhalt verantworten muß.)
 - c) Der Leserbrief hat falsche Nachrichten zu korrigieren und Kommentare zu reflektieren. Begründung: Unberichtigte Falschmeldungen begünstigen das politische Ränkespiel und führen oft zu ungerechtfertigten Benachteiligungen oder zu Begünstigungen. Die öffentliche Reflexion über Kommentare zwingt den Kommentator zur sauberen Arbeit.
 - d) Der Leserbrief dient der regionalen und überregionalen Nachrichtenergänzung, deren Notwendigkeit wie folgt begründet wird: Heute findet eine Nachrichtenselektion statt, die den Interessen des Lesers und der Gesellschaft zuwider läuft. Ursache dafür ist 1. Berücksichtigung der Verlegerinteressen durch die Redaktionen, 2. Meinungskonformismus der Redaktionen, 3. die begrenzte Zahl der hauptberuflichen Nachrichtenvermittler.
 - e) Der Leserbrief, wie er hier vorgeschlagen wird, schafft für die hauptberuflichen Redakteure und Journalisten eine Wettbewerbssituation, die das Niveau der Zeitungen hebt.
 - f) Der Leserbrief mit erweiterter Funktion steigert den Marktwert der Zeitung, weil sie durch ihn begehrter wird.

2.0 Die Handhabung des Leserbriefes

Der Leserbrief kann nur dann die beschriebenen Funktionen wahrnehmen, wenn ihm 1. mehr Raum zur Verfügung gestellt wird, und er 2. durch eine von Lesern gebildete Redaktion betreut wird.

2.1 Die Leserredaktion

Die Leserredaktion wird nach demokratischen Prinzipien aus und von der Leserschaft gewählt.

Die Leserredaktion erhält einen hauptberuflichen Redakteur als beratendes Mitglied.

Die Leserredakteure sind für diese Aufgabe ehrenamtlich tätig, sie erhalten vom Verleger eine Aufwandsentschädigung.

Ihre Zahl ist so zu bemessen, daß auch bei Fernbleiben, bei Urlaub, Krankheit etc. die Redaktion noch arbeitsfähig ist.

Die Leserredaktion ist unabhängig vom Verleger.

Die Aufgaben der Leserredaktion besteht in: 1. der redaktionellen Betreuung der Leserbefehle, 2. der Beratung der Leser in Leserbriefangelegenheiten, 3. der Veröffentlichung eigener Beiträge, 4. der Zusammenfassung von Diskussionsergebnissen (Die Leserredaktion hat das Recht, Diskussionsthemen vorzuschlagen.).

2.2 Der Leserbrief

- a) Umfang: Leserbriefe sollten bis zu 50 % des redaktionellen Teils der Zeitungen einnehmen und in Tageszeitungen am Mittwoch und Samstag veröffentlicht werden.
- b) Erscheinen: Leserbriefe sollten zum nächstmöglichen Termin erscheinen, damit die Aktualität erhalten bleibt.
- c) Technisches: Auslassungen in und Zusammenfassungen von Leserbriefen müssen kenntlich gemacht werden. Wenn sich Leserbriefe auf Veröffentlichungen oder Äußerungen beziehen, so sollten die Quellen mit veröffentlicht werden. (Wobei Seitenzahlen auch in Tageszeitungen nützlich sind.)
- d) Verantwortlichkeit: Verantwortlich für den Inhalt des Leserbriefes ist der Leserbriefschreiber. Der Leserbriefschreiber sollte zu erkennen geben, in welcher gesellschaftlichen Funktion er den Beitrag geschrieben hat. Der Leserbrief ist mit vollem Namen zu zeichnen.

3.0 Die Durchsetzung der Vorschläge

- 3.1 Die nobelste und einfachste Art, die hier gemachten Vorschläge einzuführen, wäre, daß der Verleger sie zum Bestandteil seiner Lieferbedingungen macht.
- 3.2 Die demokratische Lösung lautet: Durchsetzung der Neuerung durch Käuferstreik.
- 3.3 Die schlechteste, aber chancenreichste Lösung besteht in der gesetzlichen Einführung der Reform unserer Zeitungen.

Sehr geehrte Herren, ich hoffe daß sie meinen Ausführungen gefolgt sind, und sehe gerne Ihrer Erwiderung entgegen.

Tristan Abromeit

Verteiler: u.a.

Presseagenturen,
Allgemeine Studentenausschüsse